



ASVG Pensionsanpassung 2019 völlig unzureichend

Am 10. Oktober fixierte die Bundesregierung die ASVG Pensionsanpassung für 2019 gestaffelt mit 2% - 2,6%. Das ist keine Pensionserhöhung, sondern eine reale Pensionskürzung. Die echte Teuerung beträgt 4 Prozent. Die Pensionisten erleiden einen massiven Kaufkraftverlust. Eine 1.000 Euro-Pensionistin bekommt brutto 26 Euro drauf, netto 24 Euro. Das deckt nicht einmal die Preissteigerungen fürs Wohnen, geschweige denn die Verteuerungen von Butter und anderen Grundnahrungsmitteln!

Der Beschluss der Bundesregierung im Detail:

- * Pensionen bis zu 1.115 Euro im Monat werden um 2,6 % erhöht
 - * Für Pensionen von 1.116 bis 1.450 Euro wird es eine „Abschleifregelung“ von 2,6 auf 2 % geben
 - * Pensionen von 1.451 bis 3.402 Euro werden um 2 % erhöht
 - * Ab 3.402 Euro gibt es einen Fixbetrag von 68 Euro pro Monat!
- Hinweis: Die Pensionsanpassung 2019 muss noch im Parlament beschlossen werden (durch die Türkis-Blaue Mehrheit im Nationalrat ist davon auszugehen, dass das genau so beschlossen wird).

4 % Pensionserhöhung wären angemessen!

Wir fordern 4 %, weil die Teuerung diesem Wert entspricht und auch den Pensionisten ein gerechter Anteil an der hervorragenden wirtschaftlichen Lage zusteht. Die Teuerung des täglichen Einkaufs beträgt +4,4 % (Mikrowarenkorb). Die Teuerung des wöchentlichen Einkaufs beträgt +3,9 % (Miniwarenkorb). Laut AK-Erhebung stieg der Einkauf beim Diskonter mit den 40 günstigsten Lebensmitteln um 7 %. Detail: Nach einer europäischen Studie der Goethe-Universität Frankfurt/Prof. Alfons Weichenrieder betrifft die Inflation ärmere Menschen stärker: Die jährliche Inflationsrate ist im Schnitt für die ärmsten 10 % der Bevölkerung etwa 0,7 % höher als für die reichsten 10 %. Verantwortlich dafür: Kosten für Strom, Mieten, private Verkehrsmittel sowie Nahrungsmittel, die überdurchschnittlich angestiegen sind.

Geld dafür ist vorhanden.

Wie in den letzten Jahren bleiben auch heuer wieder bedeutende Mittel im Pensionsbudget über: 2015 waren das 286 Millionen, 2016 862 Millionen, 2017 893 Millionen und 2018 bleiben 297 Millionen über.

Weiters ist es nur gerecht, wenn auch Pensionisten von der positiven Wirtschaftsentwicklung profitieren.

Es gab keine Gespräche, keine Verhandlungen.

Die Regierung hat mit den Pensionistenvertretern kein Wort gesprochen. Das trifft in erster Linie den Österreichischen Seniorenrat als gesetzliche Interessensvertretung der Pensionisten; dieser bis heute nicht eingebunden. Das stellt ein weiteres, völliges Ignorieren der Sozialpartner und der Betroffenen dar.

Eine völlige Neugestaltung der Pensionsanpassung ist erforderlich:

1. Verhandlungen mit den Sozialpartnern sind gesetzlich festzuschreiben.
2. Neue Berechnungsformel für die jährliche Pensionsanpassung, die Inflationsrate für Pensionisten mit geringer Pension ist besonders zu berücksichtigen
3. Zusätzliche Berücksichtigung der Lohnentwicklung und des Wirtschaftswachstums

Die Anpassungen bei den Ruhegehältern der Beamten für 2019 werden erst verhandelt. Während die Landesregierung letztes Jahr eine Kürzung über die Hintertür und ohne Sozialpartnergespräche beschlossen hat, setzt die Gewerkschaft younion heuer auf intensive Verhandlungen.

Für eventuelle Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Christian Jedinger eh.
gf. Landesvorsitzender